

Dringliche Interpellation von Hans Fehr (SVP, Eglisau), Martin Mossdorf (FDP, Bülach) und Lucius Dürr (CVP, Zürich)
betreffend Skandalöse Zustände um sogenannte
Notentlassungen

In letzter Zeit wurden im Kanton Zürich wegen fehlender Gefängnisräumlichkeiten vermehrt sogenannte Notentlassungen von Drogendelinquenten und anderen Straftätern vorgenommen. In anderen Fällen wurden Straffällige vorzeitig aus der Haft entlassen, oder dringend Tatverdächtige wurden gar nicht in Haft gesetzt.

Kürzlich hat dieser skandalöse Zustand einen neuen Höhepunkt erreicht: Während der Drogenrazzia der Polizei im Zürcher Lettenareal vom 8. Juni 1993 wurden von 31 festgenommenen ausgeschriebenen Straftätern und weiteren tatverdächtigen Personen deren 7 nach kurzer Ueberprüfung im Detektivbüro wieder freigelassen; 20 Verhaftete wurden mit Bussen an den Stadtrand von Zürich gefahren und dort an verschiedenen Orten "ausgesetzt", weil keine Gefängnisräumlichkeiten vorhanden seien.

In Anbetracht dieser unglaublichen, skandalösen Situation bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen

1. Teilt die Regierung die Auffassung, dass derartige Vorkommnisse, die den Rechtsstaat ausser Kraft setzen, einem Skandal gleich kommen und dass sich der "Normalbürger", die Polizei- und die Strafverfolgungsorgane für "verschaukelt" vorkommen müssen?
2. Welche Straftaten werden den 27 am 8. Juni 1993 wieder freigelassenen bzw. "ausgesetzten" Personen zur Last gelegt?
3. Betrachtet der Regierungsrat Delikte wie Diebstahl oder Einbruch als nicht schwerwiegende Delikte, was Notentlassungen rechtfertigt?
4. Welche Sofortmassnahmen trifft die Regierung, damit ab sofort keine weiteren Notentlassungen mehr vorkommen?
5. Die Regierung muss nun dringend ein klares räumliches und zeitliches Konzept zur Schaffung von genügend Gefängnisräumlichkeiten vorlegen. Insbesondere sind im Grossraum Zürich geeignete leerstehende Gebäulichkeiten entsprechend umzunutzen. Teilt die Regierung diese Auffassung und ist sie bereit, dieser Forderung nach zukommen? Wann wird sie dieses Konzept vorlegen?

Hans Fehr
Martin Mossdorf
Lucius Dürr

E. Schibli	Dr. R. Roth
H. Rutschmann	A. Schüepp-Fischer
W. Schwendimann	Helen Kunz
A. Nufer	A. Kugler-Biedermann
P. Zweifel	K. Wottle
D. Stampfli	F. Jauch
P. Abplanalp	P. Honegger
J. Jucker	H.P. Amstutz
A. Ganz	S. Huggel-Neueschwander
H. Wiederkehr	M. Moser
Dr. H. Weigold	M. Federer
U. Welti	E. Kübler
H. Schmied	H. Hartmann
A. Schneider-Schatz	E. De-Boni
R. Fuhrer-Honegger	P. Angst
B. Kuhn	T. Isler
K. Schreiber	G. Züblin
Ch. Bretscher	P. Niederhauser
M. Kägi	T. Quinter
R. Patroni	F. Strohmeier
B. Bösel	Dr. A. Heinimann
W. Haderer	Dr. B. Gubler
W. Peter	R. Bolli
G. Schellenberg	T. Dähler
R. Berset	Prof. K. Schellenberg
A. Stoffel	T. Schaub
L.L. Fosco	Dr. J. Rappold
G. Mittaz	P. Aisslinger
W. Germann	M. Keller
Prof. Dr. R. Hirt	Dr. M. Zollinger
J. Winkelmann	R. Sägesser

Begründung

Sogenannte Notentlassungen, "Aussetzaktionen" und dergleichen setzen geltendes Recht ausser Kraft. Sie kommen einer Missachtung des Rechtsstaates und einer Verhöhnung des gesetzestreuen "Normalbürgers", der Polizei- und Strafverfolgungsorgane gleich.

Es ist bekannt, dass Gefängnisbauten in Teilen der Bevölkerung umstritten sind und an der Urne einen schweren Stand haben. Umsomehr ist es die Pflicht der politisch Verantwortlichen, insbesondere des Justizdirektors, unmissverständlich auf die schwerwiegenden Konsequenzen des herrschenden Gefängnisnotstandes hinzuweisen und die nötigen Massnahmen (Sofortmassnahmen und längerfristiges Konzept) zur Behebung dieses skandalösen Zustandes zu treffen.

Es genügt nicht, in Kommissionen über das Problem zu reden. Die Notgefängnisse müssen unverzüglich in genügender Zahl errichtet werden, damit die Rechtsordnung konsequent durchgesetzt werden kann. Ausserordentliche Situationen verlangen ausserordentliche Massnahmen. Wir laufen sonst Gefahr, dass das Vertrauen des Bürgers in die

verantwortlichen Behörden, und in den Rechtsstaat insgesamt, in zunehmenden Mass erschüttert wird.